

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 27. Februar 2004

Steuerreform statt neue Steuervorteile!

Keine Sonderregelung für ausländische Spitzenverdiener

Die Finanzminister der Länder haben auf ihrer Sitzung das ganze Dilemma des deutschen Steuerrechts offengelegt: Eine grundlegende Reform der Einkommensteuer halten sie politisch und finanziell für nicht umsetzbar. Gleichzeitig sollen ausländische Spitzenverdiener in Deutschland steuerlich begünstigt werden. „Daß die Finanzminister auf derselben Sitzung die allgemeine Reform beerdigen und neue Sonderregelungen einfordern können, ist symptomatisch für die deutsche Krankheit“, moniert Dr. habil. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft.

Die Länderfinanzminister haben auf ihrer gestrigen Sitzung einstimmig einem Papier zugestimmt, das die vorliegenden Vorschläge für eine radikale Reform der Einkommensteuer als nicht finanzierbar und in ihren Verteilungswirkungen ungerecht bezeichnet. Damit besteht keine Hoffnung mehr, noch in dieser Legislaturperiode zu einer grundlegenden Reform des unübersichtlichen Einkommensteuersystems zu kommen. Stiftungsvorstand Lüder Gerken kritisiert die politischen Akteure: „Erst nehmen alle am Wettlauf um die höchste Nettoentlastung teil, statt finanzierbare Vorschläge zu machen. Dann werden alle Vorschläge als unfinanzierbar abgelehnt. So kommen wir nicht weiter.“ Jetzt seien konkrete Vorschläge notwendig, die zunächst den Korrekturbedarf bei der Bemessungsgrundlage bestimmen und dann das resultierende steuerliche Mehraufkommen so verteilen, daß die Reform nicht am Verteilungsstreit scheitern muß.

Auf derselben Sitzung der Landesfinanzminister wurde der steuerpolitische Vorschlag diskutiert, für ausländische Arbeitnehmer eine Pauschalsteuer von 35% anzubieten. So will man u.a. den Finanzplatz Frankfurt fördern, der bereits viele wichtige Abteilungen der Banken an London verloren hat. Grund dafür ist die extrem geringe Besteuerung für ausländische Spitzenverdiener in Großbritannien.

Die Politik setzt damit die verfehlte Vorgehensweise fort, durch Einzelregelungen Einzelprobleme zu mildern, statt durch ordnungspolitische Reformen Verbesserungen für alle zu erreichen. Gerken dazu: „Die Landesfinanzminister haben offenbar aus der allgemeinen Diskussion zur Steuervereinfachung noch nicht die notwendigen Schlüsse gezogen.“

Gerken regt EU-Rahmenregelungen für die Besteuerung von jenen Arbeitnehmern an, bei denen Wohn- und Arbeitsort in unterschiedlichen Mitgliedstaaten liegen bzw. die Wahl des Wohn- oder Arbeitsorts nicht eindeutig ist. Diese Regelungen sollten die verschiedenen bilateralen Grenzgängerregelungen und Sondernormen wie die britischen ersetzen und so zu einer Vereinfachung des Steuerrechts in der Europäischen Union führen. Damit würde ein produktiverer Standortwettbewerb in der Union möglich.

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Gerhard Schick
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 2060 57-31
Fax: (030) 2060 57-57
E-Mail: schick@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de